



Gemeinsame Ziele und Werte

- **Die Schweiz ist eine verlässliche Partnerin in Europa.** Als engagiertes **Mitglied des Europarats**, der **OSZE** und der **OECD** setzt sich die Schweiz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Stabilität und Wohlstand in Europa und der Welt ein.
- Die Schweiz unterhält eine langjährige **Entwicklungszusammenarbeit** mit **den osteuropäischen Ländern** und den **Balkanländern** ausserhalb der EU (CHF 2,5 Mrd. für Westbalkan-Staaten seit 1995). Zudem hat sie mit einem **Beitrag von 1.3 Milliarden Euro** zahlreiche Projekte in den 13 seit 2004 der EU beigetretenen Mitgliedstaaten durchgeführt. Die Schweiz beabsichtigt, ihr Engagement in der EU in Form eines **Zweiten Schweizer Beitrags** im gleichen Umfang mit den Schwerpunktthemen Berufsbildung und Migration weiterzuführen. **Angesichts der Herausforderungen im Migrationsbereich** zeigt sich die Schweiz **solidarisch mit ihren europäischen Partnern**. Sie setzt sich im Rahmen der Dublin-Reform für eine faire Lastenteilung zwischen den Staaten ein und beteiligte sich in den letzten Jahren über ihre Verpflichtungen im Rahmen der Assoziierung an Schengen und Dublin hinaus auf freiwilliger Basis an den *Relocation-* und *Resettlement-* Programmen der EU. Infolge der Verschärfung der Migrationskrise in den griechischen Lagern durch die Corona-Pandemie hat sich die Schweiz wiederholt an der Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender beteiligt. Zudem unterstützt die Schweiz das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) finanziell sowie personell und leistete einen freiwilligen Beitrag von 5 Millionen CHF an den *EU Emergency Trust Fund for Africa*.
- Die Schweiz trägt zur **Förderung von Frieden, Stabilität und Sicherheit in Europa** bei. Sie beteiligt sich regelmässig an EU-Wahlbeobachtungsmissionen und hat eine Expertin in diesem Bereich an den Europäischen Aussendienst (EAD) entsendet. Sie unterstützt zudem friedensfördernde Missionen der EU mit aktuell rund 30 zivilen Expertinnen und Experten sowie Armeeangehörigen an EU-Missionen im Westbalkan (EULEX in Kosovo und EUFOR Althea) sowie in der Sahel-Region (EUCAP Mali). Zudem plant sie eine Beteiligung an der EU-Mission im Irak (EUAM Irak). Rund 165 Schweizer Armeeangehörige in der NATO KFOR in Kosovo sowie zivile Entsendungen an die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine leisten weitere wichtige Beiträge für ein sicheres Europa.
- Die Schweiz leistet zwischen Konfliktparteien **Gute Dienste**, sei es in Form von Mediationen (Dialog Belgrad-Pristina), als Gaststaat von Verhandlungen (z.B. Iran/JCPOA), durch Unterstützung von laufenden Friedensprozessen (z.B. Berlin Prozess zu Libyen) oder durch die Vertretung der Interessen von Staaten, die keine diplomatischen Beziehungen unterhalten (z.B. Georgien/Russland).
- Generell **stimmt die Schweiz ihre Aussenpolitik eng mit der Aussenpolitik der EU ab**; sie unterstützt die Sanktionspolitik der EU und arbeitet auf internationaler Ebene u.a. in den Bereichen Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Politik sowie Menschenrechts- und Friedenspolitik eng mit der EU und ihren Mitgliedstaaten zusammen.

Enge und intensive Beziehungen

- Die **Schweiz gehört zu den wichtigsten Wirtschaftspartnern der EU**¹:
 - **Warenhandel: die Schweiz ist die drittwichtigste Partnerin der EU - hinter den USA und China** (~ 8% des gesamten EU-Handels). Der gesamte wirtschaftliche Austausch beträgt >1 Milliarde Euro pro Arbeitstag. Die EU erwirtschaftet Gewinne mit der Schweiz: Der Handelsbilanzüberschuss der EU beträgt ca. 47 Milliarden Euro.
 - **Dienstleistungshandel: die Schweiz ist hinter den USA der zweitwichtigste Partner der EU** (8% der EU-Importe, 13% der EU-Exporte) mit einem jährlichen gesamten Dienstleistungshandelsvolumen von rund 180 Milliarden und einem Dienstleistungsbilanzüberschuss für die EU von ungefähr 58 Milliarden Euro.
 - **Investitionen: Die Schweiz ist nach den USA die zweitwichtigste Investorin in der EU** mit direkten Investitionen von 802 Milliarden Euro (>12% der gesamten Direktinvestitionen von ausserhalb der EU). Davon hängen ca. 840'000 Arbeitsplätzen in der EU ab. Gleichzeitig liegt die Schweiz hinsichtlich Investitionen der EU auf dem zweiten Rang (979 Milliarden Euro).

¹ Zahlen von Eurostat für das Jahr 2017 (Investitionen) und für das Jahr 2018 (Warenhandel und Dienstleistungshandel)

- **Ca. 1,4 Mio. EU/EFTA-Bürgerinnen und -Bürger leben in der Schweiz**, das entspricht ca. 17% der Gesamtbevölkerung von <8,5 Millionen und ca. 7% aller EU/EFTA-Bürger/innen, die innerhalb des EU/EFTA-Raums in einen anderen Staat ausgewandert sind. Dazu kommen ca. **328'000 Grenzgänger/innen**. Zudem werden jährlich rund 92'000 EU Arbeitnehmer/innen in die Schweiz entsandt, hinzu kommen 27'000 selbständige Dienstleistungserbringer aus der EU. Umgekehrt leben bzw. arbeiten rund 460'000 Schweizer/innen in der EU.
- Die Schweiz erhöht mit dem **Bau der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT)** die Transportkapazitäten für den reibungslosen Handel im europäischen Binnenmarkt und setzt dafür rund **23 Milliarden Euro** ein. Der Gotthard-Basistunnel, der längste Eisenbahntunnel der Welt, ist ein Teil davon. Ende 2020 wird die NEAT mit der Inbetriebnahme des Ceneri-Basistunnels vollendet.
- Die Schweiz und die EU verbindet eine langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit auch **im Bereich Forschung und Innovation**. Im Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, Horizon 2020 (inkl. Euratom-Programm), zählt die Schweiz bisher 2.7% aller Projektbeteiligungen und 3.9% der verpflichteten Gelder gingen an Schweizer Partner. 39.8% des akademischen Personals an Schweizer Universitäten sind EU-Bürger/innen. Der Bundesrat strebt eine Vollasoziiierung an der nächsten Generation der Massnahmen der EU im Bereich Forschung und Innovation und damit am gesamten Horizon Paket (Horizon Europe, Euratom, ITER und DEP) an.
- **Zahlreiche bilaterale Abkommen** bilden die Basis dieser engen Beziehungen. Die EU hat mit der Schweiz mehr Abkommen abgeschlossen (>120) als mit jedem anderen Drittstaat. Sie umfassen eine Vielzahl von Politikbereichen wie: **Binnenmarkt** (Freihandel, Personenfreizügigkeit), die **innere Sicherheit und Asyl** (Schengen/Dublin), **Verkehr** (Landverkehr und Luftverkehr), **steuerliche Zusammenarbeit, Forschung, Umwelt, Statistik etc.**
- Im Rahmen ihrer Assoziierung an Schengen und Dublin setzt sich die Schweiz für gemeinsame europäische Lösungen in den Bereichen **Sicherheit und Migration** sowie für eine glaubwürdige **Asylpolitik** auf europäischer Ebene ein. Sie beteiligt sich aktiv an Instrumenten zur Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung sowie an den konzertierten Massnahmen zum Schutz der Schengen-Ausgangsgrenze und zur Verbesserung der Rückkehr. Zudem beteiligt sich die Schweiz mit 114 Millionen CHF am **europäischen Fonds für die innere Sicherheit 2014-2020**.

Enge Partnerschaft bewährt sich in der Covid-19 Krise

- Die **enge Zusammenarbeit mit der EU und den EU-Staaten** sowie der rasche Einbezug der Schweiz in das EU-Krisendispositiv haben sich als wichtige Faktoren zur **Bewältigung der Covid-19 Krise** erwiesen. Dabei hat sich die Bedeutung der bilateralen Vertragsbasis Schweiz-EU für beide Seiten bestätigt (u.a. für die Versorgungs- und Patientensicherheit).
- In diesem Zusammenhang hat und wird die Schweiz weiterhin ihren Beitrag für eine erfolgreiche gemeinsame Bewältigung der Krise leisten. Beispiele für vergangene **Unterstützungsleistungen** sind: Repatriierungsflüge (ca. 2000 EU-Bürger/innen repatriiert via Schweizer-Flüge, ca. 1400 Schweizer/innen repatriiert via Flüge von EU-Mitgliedstaaten); Übernahme von französischen Patient/innen; Lieferung von medizinischer Ausrüstung an Italien; Unterstützung von Griechenland mit humanitärer Hilfe für Migrant/innen und Flüchtlinge.

Institutionelle Fragen

- Die Schweiz und die EU versuchen seit einigen Jahren, Lösungen für **die offenen institutionellen Fragen** im Zusammenhang mit dem Marktzugang zu finden (Rechtsentwicklung, Auslegung, Überwachung der Anwendung der Abkommen, sowie Streitbeilegung). Ein **institutionelles Abkommen** (InstA) würde die Konsolidierung und Entwicklung des gegenseitigen Marktzugangs erlauben. In Marktzugangsabkommen übernommenes EU-Recht könnte unter Wahrung der **Autonomie** und der Integrität der **Rechtsordnungen** beider Parteien angewandt werden. Dies würde zudem die **künftige Weiterentwicklung des bilateralen Wegs** sichern.
- 2019 führte der Bundesrat Konsultationen zum InstA-Verhandlungsergebnis mit den am meisten betroffenen politischen und wirtschaftlichen Akteuren durch. Basierend auf den Konsultationsergebnissen bekräftigte er seine positive Einschätzung des InstA und forderte gleichzeitig **Klärungen mit der EU in drei Punkten**: (i) Rechtsicherheit bezüglich des in der Schweiz geltenden Lohnschutzniveaus, (ii) Ausschluss horizontaler Wirkungen der staatlichen Beihilferegeln und (iii) keine Pflicht zur integralen Übernahme der Unionsbürger-Richtlinie (UBRL).

- Um die nötige innenpolitische Akzeptanz zu gewährleisten, erarbeitet der Bundesrat in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen und **Sozialpartnern** derzeit Lösungsansätze. Nur wenn es gelingt, in diesen drei offenen Punkten für beide Seiten zufriedenstellende Lösungen zu finden, besteht die **notwendige innenpolitische Unterstützung** zur Unterzeichnung des Abkommens.

Ausbau der Beziehungen, wo gemeinsame Interessen bestehen

- Ein institutionelles Abkommen ermöglicht Rechtssicherheit und eine **effiziente Umsetzung der fünf betroffenen Marktzugangsabkommen**. Parallel dazu will der Bundesrat eine Einigung in weiteren Marktzugangs- und Kooperationsdossiers mit der EU erzielen, namentlich beim Abkommen über den **Zugang zum Strombinnenmarkt**. Das Hauptanliegen der Schweiz und der EU ist die Versorgungssicherheit in einem liberalisierten Umfeld. Der Netzzugang für den grenzüberschreitenden Stromverkehr muss geregelt sowie die Sicherheitsstandards für die Stromnetze harmonisiert werden. Die Schweiz könnte damit weiterhin als **Stromdrehscheibe Europas** funktionieren und dank dem flexiblen Einsatz ihrer Pumpspeicherkraftwerke als „Batterie“ im Alpenraum zur Lastverteilung der europäischen Stromversorgung beitragen.
- Zudem laufen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über die **Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen** wie, öffentliche Gesundheit oder Lebensmittelsicherheit.
- Im Jahr 2013 wurden Abkommen zur Kooperation der **Wettbewerbsbehörden** und über die Zusammenarbeit im Bereich der **Satellitennavigation** (Galileo) abgeschlossen. Im Januar 2020 ist das Abkommen Schweiz-EU über eine Verknüpfung ihrer Handelssysteme für CO₂-Emissionsrechte (**ETS**) in Kraft getreten.